General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann:

70 Jahre Bundeswehr, eine Erfolgsgeschichte der deutschen Demokratie

Vortrag vor der Gesellschaft für Sicherheitspolitik am 19.11.2025 in Ellwangen

Einleitung

Ich danke für die Einladung und freue mich anlässlich eines besonderen Jubiläums, nämlich 70 Jahre Bundeswehr, erneut in Ellwangen sprechen zu können, der ältesten Garnison der Bundeswehr in Baden-Württemberg.

Am 23. Juli 1956 übergab die US- Armee die Ellwanger Kaserne an die Bundesvermögensstelle und am 12. Mai 1958 wurde die Kampfgruppe C4, die spätere Panzergrenadierbrigade 30, aufgestellt. Die Bundeswehr selbst tat ihren ersten Schritt am 12. November 1955 in der Ermekeil-Kaserne in Bonn, sehr bewusst am 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst, stammt doch von ihm der Satz: „Alle Bewohner des Staates sind die geborenen Verteidiger desselben“. So entstand das Markenzeichen der Bundeswehr, der Staatsbürger in Uniform. Das war niemals eine Absage an Disziplin, Befehl und Gehorsam, sie sind und bleiben das Funktionsprinzip jeder Armee. Allerdings ist mit dem Staatsbürger in Uniform etwas Einzigartiges verbunden: Zum ersten Mal in der Militärgeschichte wurde ein Konzept geschaffen, in dem die Rechte des einzelnen Soldaten durch die Macht des Rechts sogar vor der Macht seiner eigenen Vorgesetzten geschützt wurde. Das ist der Kern unserer Demokratie, auch der Inneren Führung und einer Wehrgesetzgebung, die politische Kontrolle der Armee ebenso sicherstellt wie sie die Pflichten und Rechte des Soldaten festlegt. Darunter fällt auch die in der deutschen Militärgeschichte keineswegs neue Regelung, dass ein Befehl nicht zu befolgen ist, wenn er erkennbar gegen Recht und Gesetz verstößt und sein Befolgen ein Vergehen oder Verbrechen zufolge hätte.

Wenn wir heute über die Bundeswehr sprechen, dann sprechen wir nicht einfach nur über eine Armee. Wir sprechen über eine Institution, die in besonderer Weise mit der Geschichte, der Politik und der Gesellschaft unseres Landes verbunden ist. Die Bundeswehr war Kind der alten Bundesrepublik und sie wurde als Armee der Einheit zu einer der Säulen des neuen, des vereinten Deutschlands ab 1990. Sie steht für den Schutz unseres demokratischen Staates und sie steht für die zu allen Zeiten schwierige, aber unverzichtbare Aufgabe, Sicherheit vor äußeren Gefahren zu bieten.

Die Bundeswehr ist nicht nur die am längsten bestehende Armee Deutschlands, sie steht auch für drei einzigartige Erfolge der deutschen Militärgeschichte: Erstens, sie war die erste Wehrpflichtarmee in einer deutschen Demokratie, sie ist, zweitens, die erste Armee, in der Befehl und Gehorsam gelten, in der aber zugleich die Macht der Vorgesetzten durch die Macht des Rechts begrenzt ist und sie ist drittens, die Armee, die eine zum Hass auf das freie Deutschland erzogene Armee der letzten deutschen Diktatur, die NVA der DDR, auflösen und in Teilen integrieren musste. Die Bundeswehr ist eine der großen

Erfolgsgeschichten der alten Bundesrepublik Deutschland und sie wurde in der Gestaltung der Deutschen Einheit zur vielleicht einzigen Institution unseres Staates, die Vereinigung gelebt und gestaltet hat.

Ich bin dankbar und auch ein wenig stolz, dass ich in dieser zuletzt genannten Phase der Geschichte der Bundeswehr als Generalinspekteur helfen konnte, die Einheit zu gestalten, zugleich die Bundeswehr aus ihrer Fixierung auf Landesverteidigung lösen und auf Einsatz, auch außerhalb Deutschlands, umstellen durfte.

In den kommenden Minuten möchte ich zuerst zurückblicken und aber zum Schluss auch nach vorne schauen. Ich beginne mit der Bundeswehr des Kalten Krieges und des geteilten Deutschlands, am heutigen Tag immer noch die längste Phase in der Geschichte der 70 Jahre Bundeswehr. Nur angemerkt sei, dass auch die Truppenfahnen der Bundeswehr in diesem Jahr Geburtstag haben, sie werden 60 Jahre alt.

Ich werde dann kurz auf die Jahre der Auslandseinsätze blicken und mit der nun eingeleiteten Umstellung auf den neuen, alten Schwerpunkt Landes- und Bündnisverteidigung und den daraus sich ergebenden Folgerungen schließen.

1. Die Anfänge und der Kalte Krieg

Nach 1945 war Deutschland vollständig entmilitarisiert. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, die Verantwortung für Krieg und Verbrechen der Wehrmacht – all das führte dazu, dass in den ersten Jahren öffentlich niemand in der jungen Bundesrepublik ernsthaft an eine neue Armee dachte, Adenauers drastische Aussagen dazu von der verdorrten Hand sind bekannt. Doch der gleiche Bundeskanzler Adenauer hatte bereits 1950 eine kleine Zelle mit Überlegungen zum Aufbau deutscher Streitkräfte eingerichtet. Das wesentliche Ergebnis der Gruppe um den späteren Verteidigungsminister Blank ist die Himmeroder Denkschrift, ein Gründungsdokument der Bundeswehr Doch dann kam der Kalte Krieg. Die Bundesrepublik befand sich mitten in Europa, an der Frontlinie zwischen Ost und West. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt bauten ihre Streitkräfte massiv aus. Für die westlichen Demokratien wurde zunehmend klar: Wenn man die Freiheit in Europa verteidigen wollte, brauchte man auch Deutschlands Beitrag. Zudem erkannte Bundeskanzler Adenauer schnell, dass die zumindest fast völlige Souveränität West-Deutschlands nur zu erreichen sei, wenn das Land durch deutsche Streitkräfte einen Beitrag zur Verteidigung Europas stellen würde. So entstand 1955 die Bundeswehr – eingebettet in die NATO. Sie wurde damit zur ersten deutschen Armee, die von Anfang an in internationale Kommandobehörden eingebunden war, dem Potsdamer Abkommen entsprechend keinen Generalstab haben durfte und deshalb auch „nur“ einen Generalinspekteur, der allerdings zunehmend die Aufgaben eines Generalstabschefs wahrzunehmen hatte. Der Aufbau der Bundeswehr aus dem Nichts, die Aufstellung von zwölf Heeresdivisionen, der Luftwaffe und der Marine innerhalb weniger Jahre war eine Meisterleistung, vollbracht im Wesentlichen von ehemaligen Offizieren der Wehrmacht, von jungen, aus dem Bundesgrenzschutz

übernommenen Soldaten und den ersten ungedienten Freiwilligen. Ich wurde 1958 Soldat und erinnere mich sehr gut an die vielen Improvisation mit denen wir fertig werden mussten. Wir bekamen amerikanische, zum Teil auch britische Waffen, aber die Dienstvorschriften dafür waren in Englisch, das die meisten unserer älteren Offiziere kaum sprachen. Wir hatten, zumindest im Heer, anfangs Uniformen, die bestimmt keine Werbung darstellten und Kampfanzüge, die einen Winter, wie ich ihn bei einem der ersten Einsätze der Bundeswehr als Reaktion auf eine Berlin-Krise Anfang 1959 fast vier Wochen lang im eiskalten Bayerischen Wald erleben musste, nicht gewachsen waren. Ähnliche Einsätze gab es während der Kubakrise, als die Welt nur Stunden von der Katastrophe entfernt war, und das letzte Mal während des sowjetischen Einmarschs in der Tschechoslowakei. Doch wir, die Aufbaugeneration, wollten den Aufbau schaffen und so gelang er. Die Bundeswehr des Kalten Krieges wurde zu einer der besten Streitkräfte der NATO, zu einer Bundeswehr, die lernte zu kämpfen, um nicht kämpfen zu müssen, die aber gekämpft hätte, wenn es um die Verteidigung Deutschlands gegangen wäre. Ich erinnere eine Aussage des sowjetischen Generalstabschefs Andromejew, dass die Sowjetunion nur die Amerikaner, die Briten und die Bundeswehr fürchtete.

Erinnern wir noch einmal die Situation des Kalten Krieges. Heute, sechsunddreißig Jahre später, erinnert man sich allenfalls noch an die Berliner Mauer, doch nur noch Wenige an die Wirklichkeit des Jahres 1989 in Deutschland: Durch unser Land lief ein mehr als 1.200 Kilometer langer Zaun bestückt mit Sprengfallen und Tag und Nacht von den Grenztruppen der DDR überwacht. Dahinter lagen fünf Kilometer tiefe Sperranlagen. Auf westlicher Seite fuhren alliierte Truppen Tag für Tag Patrouillen, der Bundesgrenzschutz lief Streife an der innerdeutschen und tschechoslowakischen Grenze, uniformierte Soldaten der Bundeswehr durften nicht näher als einen Kilometer an die Grenze heran und der Luftraum wurde lückenlos durch die NATO überwacht, dabei auch unsere Luftwaffe.

Im Westen standen neun Armeekorps aus sieben NATO-Staaten, darunter das I., II., dazu gehörte die Ellwanger Brigade unter dem Kommando der 10. Panzerdivision in Sigmaringen, und III. Korps der Bundeswehr, zur grenznahen Vorneverteidigung bereit, eine zum Teil in Deutschland stationierte französische Armee war Heeresgruppenreserve, zwei alliierte Luftflotten waren zur Unterstützung der Abwehr bereit und die geballte Seemacht der NATO sollte im Nordatlantik die Seeverbindungen nach Nordamerika offen halten, über die im Kriegsfall hunderttausende nordamerikanischer Truppen nach Europa gebracht werden sollten. Mehr als 10.000 Atomwaffen waren in der alten Bundesrepublik Deutschland gelagert dazu in einem weniger als ein Dutzend deutschen bekannten Lager in der Pfalz tausende Tonnen chemischer Munition der USA. In der DDR gab es ähnliche Lager, die gelagerten Mengen waren vermutlich ähnlich oder größer. Dort standen fast 500.000 Mann sowjetische Streitkräfte, die so genannte Westgruppe der Truppen (WGT) und etwa 160.000 Mann Nationale Volksarmee (NVA) mit ihren sechs aktiven und fünf binnen 48 Stunden einsatzbereiten, aber mobil zu machenden Divisionen. In der CSSR waren zwei Armeen der CSSR zum Angriff bereit, dahinter standen sowjetische Truppen.

In Polen hatten polnische Truppen den Auftrag in einer Seelandung Schleswig-Holstein zu nehmen und an die Beachtung der Neutralität Österreichs durch den Warschauer Pakt glaubten nur die notorischen Gutmenschen, die auch nach 1991, nach Bekanntwerden der bis mindestens 1986 bestehenden, umfangreichen atomaren Ersteinsatz vorsehenden sowjetischen Angriffspläne, alle Angriffsabsichten des Warschauer Paktes noch immer in Abrede stellten.

Für Jemanden wie mich, der sich oft in den Tagen der Konfrontation gefragt hatte, ob wir es denn schaffen würden, die Heimat zu schützen, - so beispielsweise als ich als Brigadekommandeur hier in Ellwangen in einem 50 Kilometer breiten Abschnitt im Bayerischen Wald mit meinen rund 5000 Soldaten den Angriff einer achtmal stärkeren tschechoslowakischen Armee abzuwehren hatte - , war der Tag der Einheit ein Augenblick unglaublicher Erleichterung.

An diesem Tag fand unser westliches strategisches Dilemma ein glückliches Ende. Wir waren uns stets sicher gewesen, dass der Westen einen Krieg gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt am Ende gewinnen würde, aber der völlig unannehmbare Preis wäre die weitgehende Zerstörung Europas gewesen. Das wollten wir verhindern und das haben wir verhindert. Wir mussten dazu allerdings der Sowjetunion glaubhaft die Gewissheit vermitteln, dass ein von ihr begonnener Krieg die völlige Zerstörung Russland und seines europäischen Vorfeldes und am Ende doch den Sieg der USA bedeuten würde. Deswegen betonten wir die Bereitschaft und die Fähigkeit des Westens Atomwaffen einzusetzen, sagten aber nie wann und wo. Damit erzeugten wir Ungewissheit und machten es Moskau unmöglich, sein Risiko zu kalkulieren. Diese Ungewissheit in Verbindung mit der ungeheuren Zerstörungskraft der Atomwaffe hat uns den Frieden erhalten. Selbst Egon Bahr, gewiss kein Freund nuklearer Abschreckung, räumte dies ein. Nur einige Träumer, die selbst in unserer heutigen um vieles unsichereren Welt noch immer daran glauben, dass man alle Konflikte friedlich lösen könne, vermögen das immer noch nicht einzusehen. Es war ein zugegeben hohes Risiko, aber ein vertretbares, weil die Sowjetunion ein letztlich berechenbarer und seiner Verantwortung bewusster Gegner war. Das ist der große Unterschied zur Gegenwart. Heute gibt es kaum noch berechenbare Gegner, es ist auch nicht mehr nur ein Gegenspieler und die Lage der Welt ist unsicherer als sie es je im Kalten Krieg gewesen ist.

Die Vereinigung Deutschlands wurde möglich, weil die Sowjetunion sich durch Überrüstung in den Bankrott gewirtschaftet hatte, der Westen geschlossen blieb und die USA technisch der Sowjetunion davonliefen. Es war vor allem die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses, damals auch hier in Ellwangen höchst kontrovers diskutiert, der Gorbatschow zum Umlenken brachte. Ich habe das von ihm selbst gehört. Der Kalte Krieg ging zu Ende, Deutschlands Teilung wurde im Einvernehmen mit allen Nachbarn unseres Landes und mit der Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges überwunden, die Spaltung Europas fand ein Ende und die erstarrte bipolare Weltordnung

stürzte ein. Der 3. Oktober 1990 war der glücklichste Moment in zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte.

Doch damit begann die größte Herausforderung in der Geschichte der Bundeswehr: Auflösung, Teilintegration eines Teils einer der stärksten Armeen des Warschauer Paktes und Aufbau der Armee der Einheit. Die Bundeswehr bewährte sich in dieser vielleicht schwierigsten Aufgabe ihrer Geschichte, einer Aufgabe, für die es keine Blaupause und kaum mehr als einem Monat Vorbereitung gegeben hatte.

2. Die 1990er-Jahre – Von der Verteidigung zum Einsatz

Nach der Wiedervereinigung musste die am Tag der Vereinigung 600.000 Soldaten starke Bundeswehr vertragsgemäß zunächst auf 370.000 Soldaten und dann aus Haushaltsgründen auf 340.000 verkleinert und umgebaut werden. Hunderttausende Soldaten verließen die Truppe, zahllose Standorte wurden aufgelöst und das Material der Bundeswehr wie der Nationalen Volksarmee der DDR wurde gemäß den Abrüstungsverträgen verringert und überwiegend vernichtet. In einem zweijährigen Auswahlprozess wurden etwas mehr als 10.000 Offiziere und Unteroffiziere der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr übernommen. Entlassene Soldaten der NVA, die älter als 45 Jahre waren, erhielten ein bescheidenes Ruhegehalt, obwohl die Rentenkassen der DDR leer übergeben wurden. Die Wehrpflicht blieb bis 2011 bestehen, spielte aber eine zunehmend kleinere Rolle.

Der Prozess, an dessen Ende die Armee der Einheit stand, die, ähnlich wie die junge Bundeswehr in der Hamburger Sturmflut 1972, ihre emotionale Bewährung 1997 in der Oderflut, dann aber vor allem in der Elbe-/Oderflut 2002 erlebte, dauerte etwa vier Jahre und endete mit der Assignierung der auf dem Boden der früheren DDR aufgestellten Truppenteile der Bundeswehr an die NATO 1995.

Der Aufbau der Armee der Einheit war eine großartige Leistung der alten Bundeswehr, deren Soldaten mit der Vereinigung die Führung der Truppenteile der früheren NVA übernahmen, diese auflösten oder umgliederten. Diese Männer gingen als wahre Patrioten in ein zwar Deutsch sprechendes, aber doch fremdes, teilweise ablehnendes Land, in dem rund 340.000 russische Soldaten und insgesamt fast 600.000 Russen lebten. Sie hatten die Vorgabe, als Deutsche zu Deutschen zu gehen, nicht als Sieger zu Besiegten. Sie mussten Respekt und Zuneigung der NVA-Soldaten gewinnen, die im Kalten Krieg Feind gewesen waren, nun aber überwiegend kooperativ die gemeinsame Aufgabe annahmen. Das bewährte Führungsprinzip Innere Führung war dabei eine große Hilfe. Gleichzeitig mussten für die Übernahme der rund 10.000 NVA-Soldaten die gleiche Zahl von Bundeswehr Soldaten in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Emotional war das für beide Seiten schwierig, auch, weil wir in der Übernahme darauf bestanden, dass nachgewiesene Mitarbeiter der Staatssicherheitsdienste der DDR zu entlassen seien. Hinzukam, dass wir einen total militarisierten Staat zu übernehmen hatten, von dem wir zwar wussten oder glaubten zu wissen, wie viele Panzer, Flugzeuge und Schiffe

die DDR besaß. Aber wir erlebten zahllose Überraschungen, nicht nur das fast 11.000 km lange geheime Straßennetz der Sowjetarmee oder, um nur ein anderes Beispiel zu nennen, die Zahl der Schützenpanzer, die mehr als doppelt so groß war wie von der DDR in den Wiener Abrüstungsverhandlungen rechtlich verbindlich angegeben. Wir mussten immer wieder improvisieren, vom Herstellen der ersten Fernmeldeverbindungen zwischen Ost und West bis zum Abbau der Berliner Mauer und der Grenzbefestigungen der DDR. Das alles gelang lautlos. Die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr, die daran beteiligt waren, so auch der in Ellwangen vielleicht noch bekannte, leider verstorbene Oberst Hänseler, mein damaliger Stellvertreter hier in Ellwangen, verdienen für Ihre Opferbereitschaft und ihren Einsatz Dank und Respekt. Sie sind als Deutsche zu Deutschen gegangen und haben so Vereinigung gelebt.

Doch in der politischen Wirklichkeit Deutschlands wurde zunehmend die Frage gestellt: Brauchen wir eigentlich eine Armee für Milliarden von DM, wenn wir doch, so ein früherer Verteidigungsminister, „von Freunden umzingelt sind“, wenn doch die große Bedrohung weg ist und die damals glaubhafte Aussicht bestand, mit Russland zu einem kooperativen Verhältnis zu finden?

Die Antwort kam schneller als erwartet – in Gestalt neuer Konflikte.

Anfang der 1990er-Jahre begannen die jugoslawischen Zerfallskriege in Slowenien, die dann 1999 zum ersten Kriegseinsatz der NATO gegen Serbien führten. Heute kann man sagen, schon im Sommer 1991 kehrte der Krieg nach Europa zurück, er hat uns seitdem nicht mehr verlassen. Heute lebt Deutschland in einem von Russland vermutlich seit 2014 geführten hybriden Krieg, den allerdings viele Deutsche nicht wahrnehmen oder nicht wahrnehmen wollen. Dieser Krieg wird noch eine Weile bei uns bleiben, seinen Umschlag in einen heißen Krieg müssen wir verhindern. Das können wir, aber es ist schwierig. Die Mehrzahl der Deutschen glaubte bis zu Putins rechtswidrigen Angriff auf die Ukraine 2022, es herrsche Frieden in Europa und in Deutschland könne nun ewiger Friede, der illusionäre Traum Immanuel Kants, möglich werden. Ein staatlicher Teil unserer Mitbürger träumt diesen Traum noch immer. Ich kann belegen, dass ich persönlich nie an die Unumkehrbarkeit geschichtliche Ereignisse geglaubt habe. Für mich als Generalinspekteur begann damit, im Grunde genommen ab dem ersten Diensttag im Oktober 1991, ein schwieriger, bis etwa 1994 anhaltender Konflikt mit der Politik aller damaligen Parteien: Die Bundeswehr hatte Vorsorge zu treffen für das Unerwartete und gleichzeitig in die Pflichten eines souveränen Mitglieds von NATO und Vereinten Nationen hineinzuwachsen. Ich erlebte Tag für Tag die Erwartungen unserer Verbündeten, dass das vereinte Deutschland sich nun endlich an Friedensmissionen der UN beteiligen soll, später dann auch der WEU und der NATO. Ich hatte immer wieder um Geduld mit Deutschland zu bitten und konnte darauf verweisen, dass das Land mit der Bewältigung der Einheit mehr als ausgelastet war. Die vom Auswärtigen Amt seit 1981 immer wieder vorgebrachte Einlassung, das Grundgesetz verbiete einen Einsatz außerhalb Deutschlands, zerlegen die Juristen der beiden angelsächsischen Bündnispartner schon

in den 80 Jahren mit schneidender und gnadenloser Schärfe. Sie argumentierten auf der Grundlage von Art. 24 Grundgesetz, so wie später das Bundesverfassungsgericht 1994, das dann die Türen für Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschlands öffnete. Wir Deutschen mussten begreifen, dass wir als Mitglied der Vereinten Nationen nicht nur Rechte hatten, sondern auch die Pflicht, die Entscheidungen mitzuverwirklichen, denen wir politisch zugestimmt hatten. Keine dieser Entscheidungen war ohne Militäreinsatz umsetzbar. Somit begann mit Zustimmung des Verteidigungsministers, aber gegen einen zögernden Bundeskanzler und einen anfangs ablehnenden Bundespräsidenten ein Prozess der langsamen Gewöhnung. Von der Sanitätskompanie in Kambodscha über den Logistikverband in Somalia, den Einsätzen unsere Transportflieger, zu den Embargooperationen in der Adria und über Jugoslawien und schließlich zum Einsatz in Kroatien und in Bosnien 1995 ging der Weg, der schließlich mit dem ersten Kampfeinsatz deutscher Luftstreitkräfte in Kosovo seinen vorläufigen Abschluss fand. Dem politischen Prozess entsprach auch der Prozess im Inneren der Bundeswehr. Die Soldaten der Bundeswehr und ihre Familien waren auf Auslandseinsätze nicht eingestellt, sie mussten dafür gewonnen werden und das gelang. Eine neue Grundgliederung wurde gefunden und politisch gebilligt: Krisenreaktionskräfte, Hauptverteidigungskräfte und Unterstützungsorganisation. Als ich mein Amt als Generalinspekteur im Februar 1996 abgab, konnte ich den Verteidigungsminister melden, dass die Bundeswehr fähig und bereit sei, sich auch an Einsätzen außerhalb Deutschlands im begrenzten Umfang und politischen Vorgaben entsprechend zu beteiligen. Der erste Schritt von der Landesverteidigung hin zur Armee im Einsatz war getan, die Umstellung auf eine vorwiegend auf Einsatz ausgerichtete Bundeswehr konnte und musste folgen, glaubten wir doch damals, man könne Sicherheit für Deutschland schaffen, wenn man die Krisen und Gefahren auf Distanz halten würde.

3. Die Bundeswehr nach 2001 – Internationale Verantwortung

Doch wiederum blieb keine Zeit. Der 11. September 2001 war eine weltpolitische Zäsur. Die Terroranschläge in den bis dahin unverwundbar geglaubten USA führten zum Beginn des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus – und Deutschland war dabei.

Der Einsatz in Afghanistan wurde zum längsten und verlustreichsten Einsatz der Bundeswehr. Doch auch der seit 1999 anhaltende Einsatz der Bundeswehr in Kosovo darf nicht vergessen werden. Bis heute sind dort mehr als 135.000 Soldaten und Soldatinnen eingesetzt. Zwei Jahrzehnte lang waren deutsche Soldaten in Afghanistan präsent. Ihr Auftrag: Terror bekämpfen, Sicherheit schaffen, beim Wiederaufbau helfen. Über 50 deutsche Soldaten verloren dort und in anderen Einsätzen ihr Leben. Erneut bewährte sich, wie stets in den 70 Jahren ihrer Geschichte, die Bundeswehr, und sie gewann Kampferfahrung.

Neben Afghanistan war die Bundeswehr auch an vielen anderen Orten eingesetzt: im Irak, in Syrien, im Sudan und in Mali. Immer ging es um internationale Sicherheit, oft auch um humanitäre Hilfe. Doch diese Einsätze waren und sind in Deutschland nicht unumstritten.

Viele fragten: Wofür riskieren deutsche Soldaten ihr Leben in fernen Ländern? Was können militärische Mittel überhaupt erreichen? Eine oft zögerliche Politik versuchte Deutschland herauszuhalten und nutzte die törichte Formel des notorischen Drückebergers: Es gibt keine militärische Lösung. Man hat dabei wohl bewusst übersehen, dass politische Lösungen meistens erst möglich werden, wenn vorher Militär die Voraussetzung für Frieden geschaffen hat. So, wie das auch 1945 in Deutschland und in Japan geschehen war. Doch diese Diskussionen halten an, zum Schaden der Bundeswehr, denn Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines Einsatzes verstärken in einer ohnehin risikoscheuen Gesellschaft die Ablehnung eines freiwilligen Dienstes.

Parallel zu diesen Einsätzen wurde die Bundeswehr durch immer knapper werdende Haushaltsmittel zunehmend ausgehöhlt. Die vielleicht sprechendste Fehlentscheidung ist die Auflösung der Heeresflugabwehr 2011, ein Beleg dafür, dass man mit Verteidigung, auch der ins Ausland entsandten Kontingente, einfach nicht mehr rechnete. Es begann ein Prozess des Abbaus der Verteidigungsfähigkeit, die Auflösung der Ellwanger Truppenteile zählt auch dazu. Parallel dazu nahm man auf politischer Seite sehenden Auges eine wachsende Abhängigkeit von einem Russland hin, dass sich erkennbar nicht mehr an die Grundsätze der Charta von Paris von 1990 gebunden fühlte. Dem Rechtsbruch in Georgien 2008 folgten die Annexion der Krim 2014 und der Krieg im Donbass und schließlich, der gegen alle Verträge und Vereinbarungen, ohne erklärbaren Kriegsgrund verbrecherisch geführte Krieg in der Ukraine ab Februar 2022.

Die Bundeswehr hat in dieser Zeit trotz allem für immer wieder und erfolgreich versucht, den zunehmenden Forderungen der Politik trotz abnehmender Mittel gerecht zu werden. 2011 wurde dann auch noch die Wehrpflicht ausgesetzt. Damit trocknete die wichtigste Rekrutierungsquelle der Bundeswehr aus und die Verankerung in der Bevölkerung nahm ab.

Nach dem Angriff auf die Ukraine 2022 sprach der damalige Bundeskanzler richtigerweise von einer Zeitenwende. Die von ihm geführte Regierung hat diese allerdings bestenfalls halbherzig umgesetzt. So bleibt es nun die Aufgabe der amtierenden Regierung, den Wiederaufbau der Bundeswehr fortzusetzen und die Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen.

Damit komme ich zum heute und zu den Herausforderungen der Zukunft, doch vorweg einige wenige Worte zu den Menschen, die 70 Jahre Bundeswehr ausmachen.

In diesen 70 Jahren haben etwa zwei bis drei Millionen Deutsche als Berufs – oder Zeitsoldaten und als Reservisten gedient. In den Jahren bis 2011 haben etwa 8,5 Millionen Deutsche Wehrdienst geleistet. 70 Jahre Bundeswehr sind also mehr als 10 Millionen Deutsche. Sie haben damit für Deutschland Verantwortung übernommen, weil Freiheit ohne Verantwortung für ihren Schutz nicht zu erhalten ist. Allein dafür gebührt ihnen zumindest Respekt. Dieser Respekt gebührt auch den rund 2,7 Millionen Männern, die

Zivildienst geleistet haben. Auch sie haben gezeigt, dass Freiheit verlangt, Verantwortung zu übernehmen.

Was immer von der Bundeswehr verlangt wurde, sie hat sich stets bewährt, war immer zuverlässiges Instrument in der Hand der Politik, aber niemals Armee einer Partei. Dennoch, trotz Bewährung von Hilfe bei Fluten bis hin zum Kampf in Afghanistan, sie blieb für viele unserer deutschen Mitbürger ein ungeliebtes Kind, ein notwendiges Übel. Erst wenn das sich ändert und die Mehrheit der Deutschen sich zu einer wehrhaften Demokratie bekennt, erst dann werden wir zur nun so notwendigen Gesamtverteidigung fähig sein, so wie Finnen oder Schweden.

Schutz ohne Opfer gibt es nicht und so muss dieser Rückblick mit der Erinnerung daran schließen, dass Kameraden das letzte Opfer bringen mussten. In den 70 Jahren Bundeswehr sind 116 Soldatinnen oder Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, davon 37 durch Feindeinwirkung gefallen und 79 durch Krankheit, Unfälle oder Selbsttötung während des Einsatzes gestorben. Zusätzlich haben im Ausbildungsdienst circa 3000-3500 Soldaten in den diesen 70 Jahren ihr Leben verloren.

4. Die Bundeswehr heute

Heute, im Jahr 2025, hat die Bundeswehr rund 183.000 aktive Soldatinnen und Soldaten. Und etwa 81.000 zivile Mitarbeiter. Etwa 25.000 der Soldaten sind Frauen. Sie dürfen in allen Verwendungen eingesetzt werden, weibliche Kampfpiloten gibt es bereits ebenso wie Frauen die als Kommandanten Schiffe führen, Stellvertreterin des Generalinspekteurs der Bundeswehr ist eine Frau.

Der Auftrag der Bundeswehr ist klar: Sie soll Deutschland verteidigen und sie muss, sofern Bundesregierung und Parlament so entscheiden, in internationalen Missionen Verantwortung übernehmen.

Am 4. April 2024 kündigte der Bundesminister der Verteidigung eine Strukturreform an, um im Rahmen der Zeitenwende „kriegstüchtig“ zu werden. Teile davon wurden mit dem Osnabrücker Erlass, der am 1. Mai 2024 in Kraft trat, umgesetzt. Der Cyber- und Informationsraum wurde vom militärischen Organisationsbereich zur Teilstreitkraft aufgewertet. Die Streitkräftebasis wurde unter Eingliederung des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr zum neuen Unterstützungsbereich umgebaut. Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr und das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr zu einem neuen Operativen Führungskommando der Bundeswehr fusioniert. Die Kräfte des Heimatschutzes wechselten vom Territorialen Führungskommando zum Heer.

Darüber hinaus soll die Verwaltung so strukturiert werden, dass sie bei der Einsetzung einer Wehrpflicht, sei es aufgrund des Verteidigungsfalles oder der Reaktivierung einer Wehr- oder Dienstpflicht in Friedenszeiten, diese auch in der Praxis umsetzen kann. Dazu gehören die erneute Einrichtung von Wehrerfassungs- und Musterungsprozessen.

Doch die Herausforderungen sind groß. Seit Jahren gibt es Probleme mit Ausrüstung und Material. Die von der Bundesregierung beschlossenen Sondervermögen dürften die Planung zumindest auf eine gesicherte finanzielle Grundlage stellen. Gleichzeitig aber konkurriert die Bundeswehr auf dem Arbeitsmarkt um Nachwuchs, in Zeiten des Fachkräftemangels keine leichte Aufgabe.

Die der NATO zugesagten zusätzlichen Kräfte, also insgesamt 260.000 aktive Soldaten und 200.000 Reservisten zu erreichen, dürfte die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre werden.

5. Die Zukunft der Bundeswehr

Die Welt bleibt unruhig. Russland bleibt eine Bedrohung. China tritt selbstbewusst auf. Terrorismus, zerfallende Staaten, Cyberangriffe und Desinformation – all das gehört heute zur Sicherheitslage. Es gibt nicht mehr nur einen Gegner und es gibt keine Trennung von äußerer und innerer Sicherheit, Sicherheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Die Bundeswehr wird sich daher weiterentwickeln müssen. Neue Technologien wie Drohnen, Cyberabwehr oder künstliche Intelligenz spielen eine immer größere Rolle. Auch der Weltraum wird militärisch relevant.

Aber eines bleibt: Die Bundeswehr ist fest in der Demokratie verankert. Sie ist kein Staat im Staate, sondern ein Instrument unseres Parlaments, unserer Gesellschaft.

Ihr Wiederaufbau nach ihrer Zerrüttung durch die Regierungen Schröder und Merkel ist deswegen nicht nur Aufgabe des Verteidigungsministers oder der Bundesregierung, sondern sie ist eine Aufgabe von uns allen, so wie Scharnhorst es einst sagte: Jeder Staatsbürger ist der geborene Verteidiger des Staates.

Was erwartet vor diesem Hintergrund ein parteiungebundener Deutscher wie ich von der Bundesregierung, die in Europa richtigerweise führen will, und was ist zu tun?

Hierzu zwei Punkte vorab: Erstens, es muss nun sehr schnell ernst gemacht werden mit der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr und unseres Landes, – und das ist weit mehr als nur Rüstung für die Bundeswehr -, und, zweitens, die Ukraine muss weiterhin unterstützt werden, denn ihr Kampf schwächt Russland, gewinnt Zeit für uns und schützt so auch unsere Freiheit.

Der Grund für schnelles Handeln: Die gefährlichsten Jahre werden die bis etwa 2030 sein, allerdings nur, wenn die NATO-Länder ihre in Den Haag übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Dann könnte Russland versucht sein, durch einen begrenzten Angriff die NATO zu testen. Reagiert die NATO dann nicht entschlossen, geschlossen und mit großer Härte, auch auf russischem Boden, dann könnte sie zerfallen und dann wäre Russland die Vormacht in Europa. Handelt die NATO allerdings wie in Den Haag beschlossen und bleibt sie geschlossen, dann hat Russland trotz seiner die russische Wirtschaft belastenden Rüstung keine Aussicht auf Erfolg. Die allerdings sollte niemand

unterschätzen: Russland baut Streitkräfte auf, die weit stärker sind als die, die es vor dem Angriff auf die Ukraine hatte und das trotz unglaublich hoher Verluste an Mensch und Material. Dennoch: Die NATO kann den so oft vorhergesagten Krieg ab 2030 verhindern, wenn sie jetzt handelt, auch bei durchaus möglichen russischen Tests durch sehr begrenzte Angriffe.

Wo steht Deutschland heute, Ende 2025?

Nach einem im Verteidigungsministerium verlorenen ersten Jahr der Ampel hat ein energischer neuer Minister gegen zahlreiche Widerstände aus seiner Partei den Wiederaufbau der vernachlässigten und schwer beschädigten Bundeswehr eingeleitet. Es wurde ein Sondervermögen beschlossen und es sind zahlreiche Beschaffungsvorhaben beschleunigt worden. Es dauert allerdings immer noch viel zu lange bestelltes Material auszuliefern, unsere Industrie ist einfach zu langsam. Ein neues Wehrdienstgesetz ist beschlossen, das allerdings ausschließlich auf Freiwilligkeit setzt. Es greift damit vermutlich zu kurz. Damit wird Zeit verloren. Die, dem Bündnis zugesagten Personalverstärkungen auf 260.000 Soldaten sind so kaum zu verwirklichen. Die bisherigen Verbesserungen reichen nicht aus. Es ist zwar einiges bestellt, aber die Truppe merkt noch nichts davon, denn vieles geht nach wie vor sofort in die Ukraine und die Auslieferung ist viel zu langsam. Der Gegensatz zwischen den Hinweisen auf die Gefahren ab 2029 und dem gemächlichen Trott des Materialzulaufs ist kaum zu erklären. Außerdem bleiben viele Mängel: Die Bundeswehr ist kopflastig, es fehlt Personal in den Kampfverbänden, vor allem aber ist die neue Dimension der Kriegsführung mit Drohnen zu Land, in der Luft und auf See bislang allenfalls rudimentär angelegt. Deutschland wäre gut beraten, das von der Ukraine im Kampf gegen Russland erfolgreich verwirklichte Konzept eines dreidimensionalen Walls aus Drohnen gründlich auszuwerten und zu übernehmen. Man könnte viel in der Ukraine lernen, auch die schnelle Beschaffung realistischer Stückzahlen, vor allem aber ist die sofortige Verwirklichung von Verbesserungen nach ersten Kampferfahrungen beispielhaft. Zudem gibt es in der Dimension Cyber einiges zu tun, denn es geht nicht nur um Abwehr, man muss auch den Angreifer durch Angriff im Cyber Space lähmen können

Dringlich ist der Aufbau wirksamer Abschreckung gegenüber Russland, denn, wie gesagt, die Gefahr ist heute größer als sie jemals in den vergangenen 70 Jahren war. Was wäre für Putin kostengünstiger, als mit einem Test die Glaubwürdigkeit der NATO zu erschüttern, noch bevor sie ihre bis 2030 laufenden und beschlossenen Verstärkungen verwirklicht hat? Schon bei solchen Testen muss die NATO mit großer Härte reagieren. Sie muss deutlich machen, dass jeder Angriff auf NATO-Gebiet für Russland der Schritt in den Abgrund ist, es damit nichts gewinnen kann und damit zu zeigen, dass Russland einen Krieg gegen die NATO, also mit den USA, ohnehin nicht gewinnen kann. Sie darf sich auch nicht durch Drohungen abschrecken lassen, aus Angst nicht handeln und dann diese Angst als Besonnenheit verkaufen.

Das bedeutet umfassende Luftverteidigung, auch gegen Hyperschallwaffen, weitreichende konventionelle Waffenwirkung gegenüber Russlands Kernland, Aufbau einer Fähigkeit zu Angriff und Verteidigung mit Drohnen zu Land, in der Luft und auf See und die Fähigkeit zu umfassendem, elektronischem Schutz bis hin zur Lähmung des Gegners.

Das heißt im politischen Entscheidungsprozess aber auch, die unverändert gültigen Grundsätze des Krisenmanagements zu beachten, also initiativ, statt reaktiv zu handeln, risikobereit zu sein, über Eskalationsdominanz zu verfügen und das Staatsgebiet des Angreifers niemals als Sanktuarium zu sehen. Dazu müssen auch Wege gesucht werden, das jedes Krisenmanagement behindernde Einstimmigkeitsprinzip in NATO und Europäischer Union, zumindest für die Einsatzführung, zu überwinden. Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten einer Erweiterung der nuklearen Abschreckung durch die europäischen Atommächte geprüft werden. Auch hier gilt der alte Grundsatz aller Strategie: Man muss auf das Unerwartete vorbereitet sein. Für Europa heißt das, Optionen zu prüfen, ob man auch ohne die USA Russland nuklear abschrecken kann und dann entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln. An der nuklearen Teilhabe in heutiger Form ist festzuhalten und dennoch sind Optionen zu prüfen, wie man die Abhängigkeit von den USA verringern kann, weil die einzige Berechenbarkeit des derzeitigen Präsidenten der USA seine Unberechenbarkeit ist.

Außerdem sind die neuen Dimensionen der Kriegsführung zu nutzen. Hybride Operationen und Cyberoperationen verlangen lange vor einem herkömmlichen Krieg gegebenenfalls präventiv, vielleicht sogar prä-emptiv zu handeln. Im strategischen Instrumentenkasten wird Disruption Vorrang vor Zerstörung gewinnen.

Deutschlands Sicherheits- und Außenpolitik war bislang regional. Aber wer Führungsnation Europas sein will, der muss global denken und handeln. Sich auf Europa und militärische Verteidigung zu beschränken, greift zu kurz. Frankreich und Großbritannien handeln seit Langem global, und wenn Deutschland Partner auf Augenhöhe sein will, dann muss es das auch tun. Das bedeutet, auch die Marine zu verstärken. Das neue Seegebiet eisfreier Arktischer Ozean und die Präsenz im Indopazifik, gemeinsam mit europäischen Partnern, verlangen das.

Die neue Regierung hat die finanziellen Grundlagen geschaffen, sie muss aber auch das Personal für die in Den Haag übernommenen zusätzlichen NATO-Verpflichtungen bereitstellen. Über eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen wird man daher bald nachdenken müssen. Unserer Gesellschaft, vor allem aber unserer Jugend muss man sagen, dass die Übernahme einer kurzen Pflicht der Preis für ein langes Leben in Freiheit ist. Freiheit gedeiht nur, wenn sie geschützt wird, und dieser Schulschutz ist das Opfer des Dienens mehr als wert.

„Whatever It Takes“ ist ein guter Grundsatz, um Autokraten abzuschrecken. Dem dient das Ziel, dass die Bundeswehr in allen fünf Dimensionen nachhaltig kämpfen können

muss: Land, Luft, See, Weltraum und Cyberspace. Sie muss zusammen mit den Verbündeten in der Lage sein, Russland durch die Androhung unermesslichen Schadens von allen Angriffen auf das NATO-Gebiet abzuschrecken, Europa weitgehend selbstständig zu verteidigen und sie muss Beiträge da leisten, dort wo der unersetzliche amerikanische Verbündete die Hilfe der Europäer braucht. Das verlangt nicht nur die Mittel, sondern vor allem die Entschlossenheit und den Willen, sie auch zu nutzen. Das bedeutet auch Zeitenwende für die Rüstungsindustrie. Sie muss schneller werden, muss rasche Anpassung an Innovation als Motor für den industriellen Fortschritt Europas begreifen und vermutlich auf kurze Reaktion durch modularen Aufbau ihrer Produkte statt auf langwierige Produktion großer Stückzahlen umstellen.

So könnte ein Europa entstehen, das in der Lage wäre, die USA vielleicht doch an Bord zu halten und das sich auch der Aufgabe stellen könnte, die Ukraine nach Vereinbarung einer Waffenruhe vor erneuten Übergriffen zu schützen. Deren Sicherheit ist europäisches Kerninteresse. Bei ihrem Schutz kann Deutschland nicht an der Seitenauslinie verharren. Über Schutz zu entscheiden, kommt allerdings erst nach einer Waffenruhe in Betracht. Optionen vorbereitend zu durchdenken ist richtig, sie öffentlich bereits zu diskutieren ist aber überflüssig.

Heute werden die Konturen einer neuen Weltordnung bestimmt. Europa darf dabei nicht abseitsstehen, und das gilt auch und ganz besonders für Deutschland. Es muss nun endlich die Kraft aufbringen, geschlossen zu handeln und seine volle Handlungsfähigkeit herzustellen, auch in einer Welt, in der bis auf Weiteres nur das Recht des Stärkeren gilt. Nur so kann es auf Augenhöhe mit den USA sprechen, wird von China ernst genommen und kann Russland abschrecken.

Sicherheit ist umfassend zu gestalten. Das bedeutet nicht nur durchhaltefähiges Militär, sondern auch eine leistungsfähige, endlich koordinierte und resiliente, schnell liefernde europäische Rüstungsindustrie, einen ausreichenden Zivilschutz und eine digitalisierte Gesellschaft, damit man auf das Unerwartete blitzschnell reagieren kann und so maximalen Schutz für die verwundbare kritische Infrastruktur, vor allem aber für die Menschen erreichen kann. Alles in allem ist es eine Herkulesaufgabe, die sich der neuen deutschen Regierung, Europa, aber vor allem seinen Menschen stellt.

6. Auch auf Uns Alle kommt es an.

Wir Alle müssen begreifen und annehmen, dass Schutz vor äußerer Gefahr eine Aufgabe eines jeden Staatsbürgers ist, auch der Bürgerinnen, und dass alle ihn wollen müssen. Es gilt erneut der Satz aus dem alten Rom: „si vis pacem para bellum“, wenn du den Frieden willst, musst du den Krieg vorbereiten. Die Menschen müssen verstehen, dass Europa nicht aufrüstet, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. Das gelingt aber nur, wenn alle Europäer so zu kämpfen bereit sind wie derzeit nur Balten, Finnen und Polen. Hier hat Deutschland viel nachzuholen und zusätzlich müssen die Deutschen mehrheitlich bereit sein, auch im Inneren durchgreifende und schmerzhafte Reformen zu

schultern. Der Staat muss der Innovation Vorrang vor dem Konsum geben, nur so bleibt er für die Jungen attraktiv, und die sind unsere gemeinsame Zukunft. Dazu müssen auch die Älteren Verzicht hinnehmen, denn von den Jungen erwarten sie das Opfer, zu dienen, um unser Land zu schützen. Sie werden das tun, wenn sie erkennen, dass die Politik das bequeme „weiter so“ in der Renten- und Sozialpolitik aufgibt und dafür Sorge trägt, dass unsere staatliche Ordnung für die Jungen bezahlbar bleibt.

Es ist eine riesige Aufgabe, vor der die Deutschen stehen, aber es ist eine machbare Aufgabe. Deswegen muss am Ende der Botschaft nicht der Berg der Probleme stehen, sondern die Zuversicht, ja, die Gewissheit, dass wir es schaffen können. Das können wir, diesmal aber nicht wie vor zehn Jahren als hohle Phrase der Hilflosigkeit gesagt, sondern als Signal unbeugsamer Entschlossenheit zum Schutz des besten Staats unserer Geschichte und durch den eisernen Willen zu Reform. Das ist die Dimension, um die es letztlich geht: Auf dem Spiel steht unsere Demokratie. Reformen glaubhaft durchzusetzen, nimmt den Radikalen die Luft zum Atmen.

Entscheidend ist nun, die Menschen mitzunehmen bei dieser erneuten, umfassenden Zeitenwende. Das ist Aufgabe der uns führenden Politiker. Auf den Kanzler kommt es jetzt an, er muss die Deutschen aufrütteln und sie überzeugen, dass sich die nun unvermeidlichen Opfer lohnen. Aber auch wir, die Gesellschaft für Sicherheitspolitik, kann und muss beitragen und die Botschaft verstärken. Werden die Bürger überzeugt, dann wird die Mehrheit den Wandel wollen, dann wird sie erneut begreifen, dass Freiheit zu erhalten und zu schützen ist, dass sie aber niemals selbstverständlich ist. Sicherheit ist zu erarbeiten, Opfer sind zum Schutz der Freiheit unvermeidlich, Freiheit bedeutet niemals Freiheit von allen Bindungen, sondern Freiheit für Verantwortung. Das wissen letztlich doch alle und deshalb werden sie dann erneut zustimmen, dass Sicherheit zwar nicht Alles ist, aber ohne Sicherheit alles nichts ist.